

Peter Steinbach

Die Verantwortung, Hitler zu töten

Die erneute Diskussion um Johann Georg Elser

Die »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (BIA) München setzt »ein vielbeachtetes Zeichen gegen die Verherrlichung des Sprengstoffmörders Georg Elser«. So verbreitete die BIA griffig die Nachricht über ihre Protestkundgebung gegen eine Gedenktafel an der Außenmauer einer Münchener Grundschule, mit der die Stadtverwaltung Elser ehrt. Aber weder die Wortwahl noch der Geist, dem die Protestaktion entspringt, sind sonderlich neu. Viele Jahrzehnte lang hat man den Bombenanschlag des Schreiners Johann Georg Elser aus Königsbrunn nicht verstehen wollen, den dieser am Abend des 9. November 1939 auf Hitler im Münchener Bürgerbräu verübt hat. Denn dazu hätte es der Bereitschaft bedurft, den abgrundtief verbrecherischen Charakter des Systems zu erkennen, gegen das er sich wandte und dem die meisten Zeitgenossen erlegen waren. Wollte Elser mit seinem Attentat den Krieg verhindern, so waren die meisten Deutschen der Meinung, Deutschland verteidige sich und schieße lediglich zurück. Sie standen bis zum 9. Mai 1945 zu der Fahne, die das Hakenkreuz trug – zu dieser Zeit war Elser nach Jahren der Einsamkeit bereits in Dachau ermordet worden, fast zur selben Stunde wie Dietrich Bonhoeffer in Flossenbürg und Hans von Dohnanyi in Sachsenhausen. Die Todesstunde verdeutlicht einen Zusammenhang: Elser gehörte in den innersten Kreis des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Vielleicht wussten die Nationalsozialisten dies besser als die meisten Zeitgenossen und Nachlebenden – mit Sicherheit besser als ein Chemnitzer Privatdozent, der vor etwa zehn Jahren sogar zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde.

Hätten die Nachlebenden Elser, den »wahren Antagonisten Hitlers« (Peter Stern), gerechtfertigt, so hätten sie sich eingestehen müssen, dass ein Mann »aus dem Volke«, gehandelt hat. Elser hatte gezeigt, dass ein einfacher Bürger den Charakter des NS-Staates erkennen und die weitere Entwicklung voraussehen konnte, Rassen- und Weltanschauungskrieg und damit millionenfache Verbrechen. Nein, Elser sollte nicht verstanden werden, nicht seine Motive, nicht seine Beharrlichkeit, schon gar nicht sein Mut. Denn er hielt allen Zeitgenossen, den Angepassten und Mitläufern, einen Spiegel vor, der ihr eigenes Versagen deutlich machte.

Elser war zunächst von den Nationalsozialisten als Werkzeug des britischen Geheimdienstes verunglimpft worden. Selbst Regimegegner, die angeblich im Herbst 1938 bereits auf den Sturz Hitler hingearbeitet hatten, bezeichneten ihn als »Agent Provokateur« der SS. Das setzte sich in den 1950er Jahren fort. Illustrierte, in denen sich nicht selten alte NS-Kriegsberichterstatter wie »Rudi Carell« verbreiteten, bezeichneten seine jahrelange Isolationshaft als »Vorrecht« und sahen in Elser lediglich einen prominenten und privilegierten KZ-Gefangenen.

Dieses Bild änderte sich erst in den sechziger Jahren. Völlig unerwartet hatten Zeithistoriker eine grundlegende Entdeckung gemacht. Im Zusammenhang mit einer Justizgeschichte des »Dritten Reiches« war ein Aktenbündel in ihre Hände gelangt, das den wichtigsten

Schlüssel zur Deutung des »Attentäters aus dem Volk« Johann Georg Elser enthielt. Seitdem hat sich das Bild der Öffentlichkeit gewandelt. Ein wunderbarer Film, in dem Klaus-Maria Brandauer die Rolle Elsers übernommen hatte, setzte ihm ein erstes Denkmal. Es stärkte die bürgerschaftlichen Initiativen in Elsers Heimatort, die sich nicht damit abfinden wollten, dass dieser weiter als »Verräter« und »Verbrecher« bezeichnet wurde. Inzwischen ist in Königsbrunn seine ehemalige Schule nach ihm benannt, gibt es in Deutschland sechs Elser-Denkmäler, eine Elser-Initiative. Anlässlich seines 100. Geburtstags erschien im Jahre 2003 eine Sonderbriefmarke – Reaktion auf eine millionenfache Postkarten-Aktion deutscher Elser-Initiativen.

Dennoch kommt die Debatte um Elser nicht zur Ruhe. Der Chemnitzer Privatdozent Lothar Fritze warf vor etwa zehn Jahren die Frage auf, wie Elsers Handeln moralisch zu rechtfertigen sei. Er bezweifelte, ob Elser die Konsequenzen seines Anschlags ausreichend bedacht und sich mit der Frage nach möglicherweise unschuldigen und ganz unbeteiligten Opfer auseinandergesetzt hätte. Auch bestritt er, dass Elser die letzten Konsequenzen seines Umsturzversuches erwogen hatte. Brachte Elser überhaupt die geistigen Voraussetzungen einer solchen Tat mit, er – ein einfacher Handwerker?

Ausgerechnet die linksliberale »Frankfurter Rundschau« veröffentlichte zum 8. 11. 1999 Fritzes Habilitationsvortrag auf ihrer Dokumentationsseite und trat so zum 50. Jahrestag von Elsers Anschlag einen Erdrutsch los. Eine Debatte setzte ein, die im »Jahrbuch für Extremismusforschung« von Fritzes wissenschaftlichem Betreuer ein Jahr später ausgeweitet wurde. Außenstehende fragten damals, weshalb sich diese angeblich moralphilosophisch geprägte Debatte über Elsers Tat in einem Jahrbuch niederschlug, das u. a. vom Bundesamt für Verfassungsschutz gefördert wurde. Es drängte sich der Eindruck auf, Elsers Tat werde in Analogie zum Handeln der RAF gedeutet und verurteilt. Dieser Gedanke schien abwegig, aber die jetzige Position Fritzes zeigt, dass er keineswegs abwegig war. Mehrfach spricht Fritze den Vergleich mit der »Rote Armee Fraktion« und ihren Mordaktionen an.

Zugleich wurde aber eine weitere Stoßrichtung sichtbar, die sich gegen NS-Gedenkstätten richtete. Denn die Unterstellung, Elsers Attentat sei mit seiner Würdigung gleichsam zur »Nachahmung« empfohlen, war bis dahin nie aufgekommen. Elser hatte einen Verbrecher töten wollen, der in einer Reichstagsrede Anfang 1939 einen Zusammenhang zwischen Krieg und Völkermord an den europäischen Juden hergestellt hatte. Seine Rede war im Rundfunk zu hören gewesen. Kernsätze wurden als »Parole der Woche« verbreitet – sogar als Schmuckblatt.

Zum 60. Jahrestag des Anschlags legt Fritze nach. Zwar fühlt er sich missverstanden. Aber er fragt nicht, ob er selbst die Voraussetzungen für die Kritik durch seine abstruse Bewertung von Elsers Tat geschaffen hat. Wie zehn Jahre zuvor geht er von der Unterstellung aus, mit der positiven Würdigung von Elsers Anschlag sei der Versuch verbunden, ein Vorbild zu schaffen. Er fragt nicht, wofür dieses Vorbild steht – für die Auflehnung gegen einen Tyrannen oder – und das unterstellt er – für die kontextlos interpretierte Tat des »Bombenlegens«, für einen Terrorismus, den er mehrfach mit den Taten der RAF gleichsetzt. Ihm fällt es offensichtlich schwer anzuerkennen, dass sich Elser gegen ein verbrecherisches Regime wandte, also gerade nicht gegen den Rechtsstaat, der das Recht zum Widerstand verfassungsrechtlich verankert hat. »Gegen jeden, der es unternimmt«, die Verfassungsordnung der Bundesrepublik »zu beseitigen«, so heißt es in Art. 20 des Grundgesetzes, »haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist«.

Fritze suggeriert, die Würdigung von Elsers Tat bedeute die Einladung zur Nachahmung. Entfällt diese Voraussetzung, ist der sachliche Grund seiner Erörterung nicht mehr erkenn-

bar. Er bemüht Theologen, Philosophen, Politikwissenschaftler, nur um Elser zu unterstellen, nicht bedacht zu haben, dass Widerstand an den Willen gebunden sein müsse, den »Rückfall in den Naturzustand« zu vermeiden. Fritze fragt nicht, ob die Verfolgung Andersdenkender, der Juden, ihre Beraubung, Vertreibung und Ghettoisierung nicht längst eine Art Naturzustand unter dem Mantel des Regimes sichtbar gemacht hatten. Kant, den Fritze bemüht, hilft hier nicht weiter, denn das Regime hatte seinen »kategorischen Imperativ« bereits ad absurdum geführt. Gerade deshalb zitierte Kurt Huber, Mitglied der »Weißen Rose«, diese allgemeine Maxime mitmenschlicher Verantwortung für das Gemeinwesen in seiner Verteidigungsrede vor dem Volksgerichtshof.

Fritze wirft die Frage auf, ob es im Zusammenhang mit der Auflehnung gegen einen verbrecherischen Diktator aus moralischen Gründen nicht verboten sein müsse, einen »unbeteiligten Dritten« zu töten. Sie berührt Elsers Tat ebenso wie Stauffenbergs Verantwortung. Das Handlungsdilemma kann ein Attentäter nur entscheiden, wenn er sich klar macht, was sein Anschlag verhindert, wie viele Menschenleben er durch seine Tat rettet. Auch beim Attentat Stauffenbergs kamen unbeteiligte Menschen um, die sicherlich nicht getötet werden sollten – deren Tod aber der Preis dafür war, den Krieg zu beenden und weitere Massensterbe zu verhindern. Fritze bezeichnet Elser zwar nicht als einen »psychopathischen Herostraten«, dennoch unterstellt er im gleichen Atemzug, angesichts seiner – übrigens durch nichts belegten – »traurigen Kindheit« und der – wiederum nur behaupteten – »Mißerfolge im bürgerlichen Leben«, habe er »Rache am Schicksal« nehmen und die »Blicke der Welt auf sich (lenken) wollen«. Für Fritze ist Elser ein Herostrat; er unterstellt ihm einen »Drang nach Selbstdarstellung«, die für »Attentatsentschlüsse besonders zu disponieren« scheine. Deshalb warnt Fritze, bereits diese »Tatsache sollte ein hinreichender Grund sein, bei der Verehrung von Attentätern Vorsicht walten zu lassen. Denn wer vermag es auszuschließen, dass durch unkritische Heldenverehrung zweifelhafte Vorbilder geschaffen werden, denen Unberufene nur allzu gern nacheifern.«¹⁾ So wird ein weiteres Ziel ins Visier gerückt: die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Ihr unterstellt Fritze, bereits vorher mit dem unveröffentlichten Manuskript versorgt worden zu sein, was nicht den Tatsachen entspricht.

Fritze fällt weit in die fünfziger Jahre zurück, wenn er behauptet, »nur Persönlichkeiten in verantwortlichen Positionen, also Amtsträger, könnten die nötige Kenntnis der Sachlage überhaupt haben.«²⁾ Denn gerade der alltägliche Widerstand hat gezeigt, dass »einfache Menschen« in der Lage waren, Verletzungen von Menschenrechten zu erkennen und verantwortlich zu handeln. Die Helfer der bedrohten Juden, die »unbesungenen Helden« und »stillen Helfer«, machen deutlich, dass mitmenschliches Handeln keineswegs von den politischen Kommandohöhen erfolgte, sondern sich im Alltag bewähren konnte.

Seit den fünfziger Jahren, seit ersten NS-Strafverfahren und der systematischen Aufklärung der Verbrechenskomplexe hat sich die Kenntnis der NS-Wirklichkeit, der »Sachlage« im Sinne von Fritze, entscheidend verändert: Die NS-Verbrechen sind systematisch erforscht, der verbrecherische Charakter des Regime ist eindeutig anerkannt worden.

Dass es nicht um Elser, sondern um Gedenkstätten geht, die an Johann Georg Elser erinnern, macht der Verlagsprospekt klar, mit dem für Elsers Buch geworben wird: »Gedenkstätten sind Orte der Erinnerung, der Wissensvermittlung, der Würdigung und der Traditionsbildung. Insofern die Taten von Personen Würdigung finden, gewinnen sie immer auch

¹⁾ Lothar Fritze, *Legitimer Widerstand? Der Fall Elser*, Berlin 2009, S.11

²⁾ Ebda. S. 9

Vorbildcharakter. Indem man ein Handeln in der Öffentlichkeit oder in Gedenkstätten als beispielhaft würdigt, wird es allen, die sich in einer relevant ähnlichen Situation befinden, zur Nachahmung empfohlen. Das, was eine Handlung vorbildlich macht, ist die Regel, der die Handlung gefolgt ist, es ist das von ihrer konkreten Form ablösbare allgemeine Handlungsschema. Hier liegt die Brisanz des Falles Elser. Obwohl ein Anschlag auf Hitler gerechtfertigt war, sind dem Attentäter bezüglich der Planung und Ausführung seiner Tat nicht hinnehmbare Unzulänglichkeiten und Versäumnisse vorzuwerfen. Damit ist seine Tat als Ganze nicht vorbildlich. Die Handlungsweise dieses Attentäters kann nicht zur Nachahmung empfohlen werden – und zwar ungeachtet der legitimen Intention, der herausragenden Tatkraft und des außergewöhnlichen Mutes von Elser«.

Dieser Text ist entlarvend. Weil zu keiner Zeit und an keinem Ort Elser's Tat zur »Nachahmung empfohlen« worden ist, gründet sich die ganze Argumentation des Verfassers auf eine Unterstellung. Damit könnte es sein Bewenden haben. Weil sein Buch sich allgemein gegen die Arbeit an NS-Gedenkstätten wendet, knüpft es an einen alten Streit an, der seine Brisanz aus der Verzeichnung dieser wichtigen »außerschulischen Lernorte« zog: Gedenkstätten dienen nicht der politischen Korrektheit, sondern klären historisch-politische Prinzipien. Sie wollen zur Bildung von Maßstäben beitragen, um die Fähigkeit und die Bereitschaft zu stärken, die nicht selten als Ausdruck eines »antitotalitären Konsenses« beschworen wird.

Gedenkstätten geht es um die Befähigung, einen Unrechtsstaat zu erkennen. Sie wollen die Bereitschaft entwickeln, sich zu empören und sich innerlich mit denen auseinanderzusetzen, die in der Auseinandersetzung mit dem staatlichem Unrecht der NS-Zeit »ihren Weg konsequent zu Ende« gingen (J. Leber). Es geht den Gedenkstätten um die Einsicht in den zutiefst verbrecherischen Charakter des NS-Staates, der sich über Menschenleben hinwegsetzte nach dem Wahlspruch: »Recht ist nicht gleich Recht, Mensch ist nicht gleich Mensch«. In der Auseinandersetzung mit dem NS-Staat lassen sich Grundsätze einer menschenwürdigen Ordnung entwickeln, die in der »Menschenwürde als Verpflichtung alles staatlichen Gewalt« den zentralen Bezugspunkt finden.

Die deutschen NS-Gedenkstätten stellen sich gegen die Verbrämung des NS-Staates als Ausdruck einer von der Rechten immer wieder beschworenen »Volksgemeinschaft«. Gedenkstätten geraten deshalb zunehmend in das Visier der rechten und rechtsextremistischen Publizistik. So ist es nicht verwunderlich, dass die Berliner Wochenzeitung »Junge Freiheit« die Argumentation von Fritze aufnahm und zuspitzte. Stefan Scheil, ein auch in der »Frankfurter Allgemeinen« schreibender Autor, ist mehrfach durch Meinungen aufgefallen, die an geschichtsrevisionistische Argumentationen erinnern. Er bezweifelt die deutsche Verantwortung für den Weltkrieg und ist davon überzeugt, dass Deutschland nur einen Präventivkrieg führte. Sein Blick auf die Arbeit von Fritze stellt sich so dar:³⁾ »Vor einigen Jahren hat sich Professor Lothar Fritze einmal sehr viel öffentlichen Ärger eingehandelt. Der wissenschaftliche Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung hatte 1998 in seiner Antrittsvorlesung beiläufig die Frage aufgeworfen, ob das Bombenattentat auf Hitler am 9. November 1939 wirklich als vorbildlicher Widerstandsakt gelten kann. Schließlich nahm der Attentäter Johann Georg Elser den möglichen Tod und die Verletzung hunderter anderer Menschen in Kauf. Nur weil Hitler seine Rede abgebrochen und der Saal sich schon geleert hatte, blieb es bei wenigen Verletzten und Toten, darunter einer jüdischen Kellnerin. Der Frage, ob es moralisch gerechtfertigt ist, möglicherweise Hunderte zu töten, um dabei

³⁾ Stefan Scheil, Die Moral des Bombenlegens, in: Junge Freiheit 9. 10. 2009

einen Einzelnen mit zu treffen, geht Fritze nun noch einmal ausführlich nach, in einem Buch unter dem Titel: »Legitimer Widerstand? – Der Fall Elser.« Er stellt die weiteren Fragen, ob Elser nicht andere Attentats-Methoden hätte versuchen können, die sich direkter gegen Hitler richteten, der schließlich damals ständig im offenen Wagen durch Deutschland fuhr. Auch ob Elser tatsächlich aus politischen Motiven oder aus persönlichem Ehrgeiz (»Von mir werdet ihr noch hören«) gehandelt hat, ändert für Fritze die Bewertung seiner Tat. Schließlich bezieht Fritze die Überlegung ein, ob ein einzelnes Attentat überhaupt das Regime gestürzt hätte und ob es nicht schon deswegen fragwürdig sei, weil das wohl kaum der Fall gewesen wäre. Fritze läßt keinen Zweifel daran, daß er Elasers Attentat insgesamt nicht für traditionswürdig hält und die diesbezüglichen Anstrengungen etwa von Peter Steinbach für unangemessen. Er geht so weit, aktuelle Parallelen zu ziehen und ein mögliches Vorbild Elser als beliebiges Vorbild für jedermann zu skizzieren, der irgendwen in die Luft sprengen will. Der öffentliche Aufschrei blieb diesmal aus. Es ist schon eine merkwürdige Sache mit den intellektuellen Debatten in diesem Land.«

So ist ein Skandal öffentlich zu machen: Er besteht nicht darin, dass sich ein Professor aus Chemnitz gegen Angriffe wehrt. Er besteht darin, dass ein Hochschullehrer dieses Zchnitts sächsische Sozialkundeführer ausbildet und mit ihnen die Probleme politischer Bildung und politischer Ethik diskutiert. Lässt man sich auf seine Argumente ein, dann kann es für den einfachen Mann nur eine Verhaltensweise in der Diktatur geben: Risiken zu vermeiden, wird doch jede Auflehnung gegen eine Diktatur möglicherweise völlig Unbeteiligte mit negativen Folgen belasten. Um solche »praktische Tatenlosigkeit« geht es bei der Erziehung zur Zivilcourage, einem Ziel politischer Bildung, aber gerade nicht!

Fritz Buch ist keine Neuauflage der zehn Jahre alten Diskussion, sondern eine Rechtfertigungsschrift, die offenbart, dass der Chemnitzer Gelehrte unbelehrbar bleibt. Ich zweifle, ob er geeignet ist, Sozialkunde- und Gemeinschaftskundeführer auszubilden. Ich bemühe auch nicht die Namensgeberin des Instituts, an dem er in Dresden seine Totalitarismus-Studien betreibt. Hannah Arendt hat einen wichtigen Essay über »Wahrheit und Lüge in der Politik« geschrieben. Fritzes Buch illustriert den Selbstbetrug eines Wissenschaftlers. Zuweilen larmoyant, zuweilen aggressiv, immer wieder sehr punktuell Zitate klitternd, gibt er vor, ein zentrales moralisches Problem zu behandeln, das gerade im 20. Jahr nach dem Sturz eines anderen diktatorischen Systems bedeutsam ist. Er macht jene Anpassung, Zurückhaltung, politische Passivität in Argumenten deutlich, die nur den Begriff des Widerstands benutzen, ohne ihn mit Leben zu erfüllen.

Für mich steht nach wie vor fest: Am 8. November 1939 hätte der Lauf der Geschichte eine Wendung nehmen können. Seit dem 1. September 1939 stand die Welt im Banne des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen. Polnische Städte waren von deutschen Sturzkampfbomben terrorisiert worden. Die Nationalsozialisten behaupteten nicht nur, sie hätten lediglich zurückgeschossen, sondern begannen bereits mit der Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den annektierten Gebieten. Dies war nur der Anfang eines großen Leidens. Die deutsche Besatzungsherrschaft zielte auf die Errichtung der Vernichtungslager, auf Völkermord. Der Zweite Weltkrieg war ein Rassen- und Weltanschauungskrieg, ein Verbrechen. Jeder, der diesen Krieg zu verhindern suchte, ist von den Nachlebenden zu Recht später legitimiert worden. Dies galt auch für den deutschen Widerstand, für alle, die sich der Kriegsmaschinerie verweigerten. Erst jüngst sind die sogenannten »Kriegsverräter« rehabilitiert worden – eine Folge der Erkenntnis, dass Hitlers Regime verbrecherisch war. Was damals recht war, ist es heute längst nicht mehr.